

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Juni 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 793 Postulat Stadelmann Karin und Mit. über die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Kanton Luzern durch die Förderung der Ansiedlung und der Integration von ausländischen Fachpersonen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Simone Brunner und Dieter Haller beantragen Ablehnung.

Karin Andrea Stadelmann hält an ihrem Postulat fest.

Karin Andrea Stadelmann: Der Fachkräftemangel ist omnipräsent. In Kombination mit Migration und Flüchtenden stellt dieser unseren Kanton vor eine grosse Herausforderung. Damals, im Januar 2022, als ich das Postulat eingereicht habe, dachte ich nicht daran, dass uns das Thema Arbeitsintegration noch ganz anders fordern würde. Damals und auch heute geht es mir darum, ausländische Fachpersonen, die hier zu unseren kleineren und grösseren Unternehmungen kommen, systematisch zu integrieren. Der Fokus liegt auf einer stärkeren Integration von ausländischen Fachpersonen, die angeworben werden, die neue Kompetenzen einbringen, die für mehrere Jahre vielleicht mit den Familien hier sind, dann aber vielleicht Luzern oder die Schweiz wieder verlassen. In meinem Postulat bitte ich den Kanton darum, eine systematische Förderung von ausländischen Fachkräften zu verstärken und um eine Prüfung, damit auch die Unternehmungen in ihren Bestrebungen unterstützt werden. In der Stellungnahme der Regierung findet sich eine Auflistung von Angeboten, die für die Integration von Personen generell existieren und die von verschiedenen Fachstellen übernommen werden können. Die Regierung stellt klar, dass diese auch für ausländische Fachpersonen zugänglich sind. Ich halte an der Erheblicherklärung meines Postulats fest, weil mir und einer grossen Mehrheit der Mitte-Fraktion eine systematische Stärkung in Bezug auf die Qualifizierung von Fachpersonen noch immer fehlt. Die OECD-Steuerreform ist seit vergangenem Sonntag Fakt. Das ist gut, aber man muss trotzdem nicht zwingend darauf warten. Luzern ist attraktiv, aber ein Blick nach Zug zeigt, dass dort Fachpersonen und deren Familien von einer sehr soliden Fachstelle systematisch unterstützt werden. Wir müssen nicht Zug werden, ich bleibe noch so gern in Luzern. Wir brauchen auch keine neue Fachstelle, aber wir brauchen eine systematische Unterstützung. Wir haben bereits ein sogenanntes «LivingIn-Center», das sich dieser Integrationsmassnahmen annimmt. Das geschieht jedoch mit 80 Prozent Freiwilligenarbeit. Der Kanton Luzern profitiert jedoch stark von der Ansiedlung von Fachpersonen, die auch unseren zukunftsweisenden Standortvorteil weiter ausbauen. Wenn man schon wirtschaftliche Förderung machen will und man dafür aktuell eine Steuergesetzrevision in Angriff nimmt, so ist es auch nur logisch, bei der systematischen Ansiedlung von Fachpersonen Hand zu bieten. Eine grosse Mehrheit der Mitte-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu, und ich danke Ihnen, wenn Sie dies ebenfalls tun.

Simone Brunner: Die SP-Fraktion lehnt das Postulat grossmehrheitlich ab. Aufgrund des

Gleichheitsgebotes ist es nicht verständlich, warum die Postulantin für Fachkräfte oder Expats zusätzliche Massnahmen und Gelder für die Integration aufwenden will. Der Regierungsrat listet in seiner Stellungnahme die Vielzahl der Integrationsangebote im Kanton, die auch von diesen Fachkräften genutzt werden und die sich auf diese Zielgruppe ausrichten, eindrücklich auf. Vielleicht könnte es beim einen oder anderen Angebot noch Feinjustierungen brauchen, aber unseres Erachtens wird dort gute Arbeit geleistet. Die Fachkräfte, die Expats, werden von der Wirtschaft geholt, von finanzstarken Unternehmungen. Das sind oft Personen, die über genügend Ressourcen verfügen, um sich entsprechend zu integrieren. Das Angebot «LivingIn» wird bereits durch Gelder der Wirtschaftsförderung unterstützt und somit auch indirekt vom Kanton Luzern. Unseres Erachtens reicht das. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen, um die vorhandenen Integrationsprojekte zu stärken und auf den Aufbau eines Zweiklassenintegrationssystems zu verzichten.

Dieter Haller: Letztes Jahr hatte die Schweiz eine Zuwanderung von etwa 200 000 Personen, wovon in etwa ein Viertel in den Arbeitsmarkt kam und als qualifizierte Zuwanderung gezählt wird. Der Fachkräftemangel ist landauf und landab ein sehr grosses Problem, welches auch den Kanton Luzern betrifft. Insofern stellt der Fachkräftemangel unsere Unternehmungen im Kanton Luzern vor grosse Herausforderungen. Die SVP-Fraktion begrüsst es, dass diese Problematik von der Postulantin erkannt wird. Allerdings blendet sie die Gesamtnettozuwanderung aus sowie auch diese, die nicht in den Arbeitsmarkt kommen, jedoch Wohnungen, Energie, Grundversorgung, Blaulichtorganisationen, Verkehrsinfrastrukturen und vieles mehr grösstenteils berechtigt mitbenutzen. Dass dies zu einer Akzentuierung im Mangel an Fachkräften beiträgt, ist ein Fakt, welcher gelöst werden muss. Wie die Regierung feststellt, sind die Branchenverbände und Arbeitgeberorganisationen die ersten Ansprechpartner für Unternehmungen, wenn es um Fachkräfte geht, und der Kanton richtet seine Dienstleistungen darauf aus, wenn es um Integration und Arbeitsbewilligungen geht. Die Regierung verweist aber auch ausführlich auf den Rahmen der kantonalen Integrationsprogramme mit Informationsmöglichkeiten auf der Webseite gruezi.lu.ch, welche über das Leben im Kanton Luzern informiert, der Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG), welche für Integration am Arbeitsplatz zur Verfügung steht, aber auch den Verein Fabia in Luzern, welcher sich für das Kompetenzzentrum für das Zusammenleben zwischen den Zugewanderten und Einheimischen engagiert. Das Wichtigste bei jeder Integration ist immer die Sprache. Sie ermöglicht den Austausch in der Gesellschaft und bildet die Grundlage. Der Kanton Luzern leistet auch hier grosse Angebote, indem er Beiträge an akkreditierte Deutschkursanbietende entschädigt und damit ein Deutschkursangebot für die fremdsprachige ausländische Bevölkerung bereitstellt. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass bei allen Integrationsmöglichkeiten immer auch eine Holschuld besteht und dass bestehende Angebote genutzt werden. Eine qualifizierte Zuwanderung in einem verkraftbaren Ausmass ist zu befürworten. Die Hauptzuwanderung, welche nicht in den Arbeitsmarkt kommt, muss überdacht werden, da diese den Fachkräftemangel verstärkt. Die Angebote zur Integration sind bereits sehr umfassend. Neue Anreize sind nicht zu schaffen, deshalb lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Mario Cozzio: Die Postulantin fordert mit ihrem Vorstoss zu Recht eine Prüfung der Möglichkeiten, wie Fachpersonen aus dem Ausland bestmöglich integriert werden können. Es ist für unseren Kanton unerlässlich, einen einfach zugänglichen und unkomplizierten Rahmen zur erfolgreichen Eingliederung in unsere Wirtschaft und Gesellschaft für alle Personen zu schaffen, die hierherkommen. Die Stellungnahme der Regierung zeigt auf, welche verschiedenen Angebote bereits bestehen. So geht ein grosser Fächer an Seiten und Anlaufstellen: Auf gruezi.lu.ch wird in 13 Sprachen und 12 Kategorien unter anderem über

Arbeit, Geld und Steuern, Gesundheit, Mobilität, Schule und Bildung usw. informiert. Das Kompetenzzentrum Migration Fabia bietet kostenlose Beratungen und Informationen an, unter anderem betreffend Sprache und Sprachkurse, Unterstützung in administrativen Belangen usw. Auf der Webseite «LivingIn» werden neben Umzugs- und Bürgerrechtsfragen sowie Arbeitsfragen auch diverse kulturelle Informationen bereitgestellt, so zum Beispiel, wie man sich an der Fasnacht verkleiden sollte. Die Liste ist nicht abschliessend, zeigt aber sicher einige wichtige Punkte auf. Alles in allem bestehen also ausserordentlich gute und umfassende Angebote. Wichtig ist aber, dass alle zu integrierenden Menschen die Übersicht behalten können und man ihnen vereinfacht aufzeigen kann, wo sie was finden. Ein möglicher Punkt, den die Regierung aufnehmen und prüfen könnte, wäre, wie sie die Angebote verlinkt und bei ihren eigenen Institutionen einbringt oder empfiehlt. Spannend zu hören wäre noch, wie die Regierung einen Teil der Mehreinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer in die Standortförderung investieren soll. Dies wurde in der Stellungnahme nur kurz erwähnt. Die GLP-Fraktion folgt aus den genannten Gründen der Empfehlung der Regierung und stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Samuel Zbinden: Ich wollte wie Mario Cozzio ebenfalls auf die Angebote der Webseite «LivingIn» hinweisen, wie etwa «Where to swim in Lucerne?», wo die angesagten Festivals stattfinden oder «Fasnacht: what to wear?». Die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme auf, welche verschiedenen Integrationsangebote und Programme im Kanton Luzern bereits bestehen. Darüber hinaus, und darauf möchte ich speziell hinweisen, gibt es im ganzen Kanton ein sehr feingliedriges, sehr häufig von Freiwilligen getragenes Netzwerk, es gibt Vereine, die sich mit dem Thema Integration und Migration beschäftigen, seien dies Migranten- und Migrantinnenvereine, lokale Flüchtlingsgruppen und zahlreiche weitere Akteurinnen und Akteure. Warum wir genau eine Akteurin aus diesem Netz herauspicken und speziell fördern sollen, ist uns nicht klar, vor allem vor dem Hintergrund, dass es sich um ein Angebot handelt, das in erster Linie an eher privilegierte, hochqualifizierte Fachkräfte gerichtet ist und das bereits stark unterstützt wird, teilweise sogar von der öffentlichen Hand. Die Grüne Fraktion ist deshalb der Meinung, dass die bisherige Unterstützung der Organisation «LivingIn» ausreicht, und lehnt das Postulat ab.

André Marti: Die Postulantin spricht ein Thema an, bei dem es der Wirtschaftsstandort Luzern seit längerer Zeit nicht versteht, eine Chance zu nutzen, die sich fast auf dem Silbertablett präsentiert. Es ist eine Realität, dass in der Zentralschweiz und damit auch in Luzern sehr viele ausländische Fachkräfte beschäftigt sind. Das ist nicht nur bei internationalen Firmen in Luzern und Zug der Fall, sondern auch bei Luzerner KMU, welche internationale Fachkräfte beschäftigen. Oder sie holen von ihren ausländischen Niederlassungen und Tochtergesellschaften Mitarbeitende für eine gewisse Zeit in die Schweiz. Diese Personen sind nicht nur einfach eine notwendige Bereicherung unserer Wirtschaft, sondern oft auch interessante Menschen, gute Konsumentinnen und Konsumenten und schlussendlich auch Steuerzahlerinnen und -zahler. Es wäre erstrebenswert, dass diese in unserem Kanton nicht nur arbeiten, sondern auch wohnen und leben. Dazu existieren schon viele Unterstützungs- und Informationsangebote, wie von der Regierung in ihrer Stellungnahme aufgezeigt. Offensichtlich reicht das aber nicht ganz, damit Luzern attraktiv genug ist, damit sich diese Fachkräfte auch in grossem Umfang hier niederlassen und wir attraktiver sind, als andere Wohnstandorte ringsum. Aus dieser Sicht ist das Anliegen der Postulantin berechtigt. Wir wissen aber auch, dass Standortfaktoren nicht einfach staatlich verordnet werden können und es recht unsinnig ist, Steuergelder in grossem Umfang einzusetzen, um solche Standortfaktoren beeinflussen zu wollen. Im Zusammenhang mit der OECD-Mindeststeuer sind in der Standortentwicklung Massnahmen geplant. Was

schlussendlich machbar ist, wird sich zeigen. Für die FDP-Fraktion besteht aber kein zusätzlicher Handlungsbedarf. Die Organisation «LivingIn» wird bereits unterstützt; das ist aber auch nicht die einzige Organisation, die in diesem Bereich wertvolle Leistungen erbringt. Wir schliessen uns der Begründung der Regierung an und stimmen der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Pia Engler: Ich habe mich gefragt, ob das Postulat ein Hinweis darauf ist, dass wir ungenügende Integrationsmassnahmen haben und dies erst durch die Expats oder Privilegierte zutage kommt. Die Wirtschaft holt gut situierte, gut ausgebildete Personen hierher. Meiner Meinung nach ist deshalb auch die Wirtschaft gefordert, diese Personen zu integrieren. Ein wesentlicher Faktor bei der Integration ist die Arbeitswelt. Die Privilegierten, von denen wir hier sprechen, befinden sich in der Arbeitswelt, und deshalb soll die Integration auch dort stattfinden. Es war von Deutschkursen die Rede. Expats sind oft in englischsprachigen Unternehmen tätig, das ist die Sprache, mit der sie sich auch im Privaten bewegen. Ich glaube nicht, dass diese Personen ein Interesse daran haben, unsere bekannten Unterstützungsprojekte in Anspruch zu nehmen. Zudem müsste man dafür sorgen, dass die Integrationsprojekte für Personen, die tatsächlich auch darauf angewiesen sind, die notwendigen finanziellen Mittel erhalten.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Der Fachkräftemangel ist akut und stellt alle Arbeitgebenden vor grosse Herausforderungen. Betroffen sind viele Branchen, ob in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Sektor. Mittlerweile spricht man ja schon von Arbeitnehmermangel. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass der Fachkräftemangel aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft noch zunehmen wird. Die Babyboomer werden in Pension gehen, was die Situation zusätzlich verschärfen wird. Die Integration von ausländischen Fachkräften trägt sicher dazu bei, diese Herausforderung besser zu meistern. Wir teilen in dieser Hinsicht das Anliegen des Postulats. Der Kanton Luzern unterstützt die Ansiedlung und Integration von ausländischen Fachkräften in verschiedenen Bereichen. Das Amt für Migration bietet beispielsweise Begrüssungsgespräche und umfangreiches Informationsmaterial. Die DISG stellt im Rahmen der kantonalen Integrationsprogramme Informations- und Integrationsangebote zur Verfügung. «Living in Lucerne» wird unter anderem von unserem Leistungspartner Wirtschaftsförderung unterstützt. Das sind nur drei der sieben aufgelisteten Massnahmen. Wir begrüssen dieses Engagement aller dieser Stellen ausdrücklich. Von einer weiteren Unterstützung darüber hinaus und durch den Kanton direkt sehen wir aber ab. Zur Einführung der OECD-Mindeststeuer werden wir Ihnen mit einer Botschaft unterbreiten, was das Massnahmenpaket, natürlich auch für die Wirtschaft, beinhaltet. Der Kanton Luzern will natürlich diese Erträge in erster Linie in die Standortförderung investieren. Dazu gehört für uns auch die Schaffung attraktiver Angebote und Arbeitsplätze für Fachkräfte, insbesondere auch von internationalen Unternehmen. Dies soll auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Das beste Argument – und das sage ich immer, wenn ich Firmen im Kanton besuche oder bei Ansiedlungsprojekten – lautet: Wir leben und wohnen dort, wo andere Ferien machen. Also kommen Sie nach Luzern. In diesem Sinn beantragt die Regierung die teilweise Erheblicherklärung.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 76 zu 29 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 55 zu 52 Stimmen teilweise erheblich.